



Unterrichtung 19/126

der Landesregierung

Dritter Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Dritter Glücksspieländerungsstaatsvertrag - 3. GlüÄndStV)

Die Landesregierung unterrichtet den Schleswig-Holsteinischen Landtag unter Hinweis auf Artikel 28 Absatz 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in Verbindung mit dem Parlamentsinformationsgesetz. Gleichzeitig wird hiermit der Landtag gemäß § 3 Absatz 2 Parlamentsinformationsgesetz über die Vorbereitung des Abschlusses eines Staatsvertrags informiert.

Federführend ist der Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.

Zuständiger Ausschuss: Innen-und Rechtsausschuss

Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration
Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Herrn Landtagspräsidenten
Klaus Schlie
Landeshaus

Minister

J .03.2019

Dritter Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Dritter Glücksspieländerungsstaatsvertrag – 3. GlüÄndStV)

Sehr geehrter Herr Präsident,

bezugnehmend auf Artikel 28 Landesverfassung in Verbindung mit § 3 Parlamentsinformationsgesetz unterrichte Sie darüber, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Dritten Glücksspieländerungsstaatsvertrag (3. GlüÄndStV) zu unterzeichnen. Zu Ihrer Information übersende ich in der Anlage den Entwurf des 3. GlüÄndStV.

Durch den 3. GlüÄndStV wird das Verfahren zur Vergabe von Konzessionen zu Sportwetten abgeändert.

Der Glücksspielstaatsvertrag sieht seit dem 1. Juli 2012 mittels einer Experimentierklausel die auf 20 Anbieter begrenzte Zulassung privater Anbieter von Sportwetten vor. Dies bedeutet, dass das staatliche Wettmonopol für eine Experimentierphase von sieben Jahren suspendiert ist.

Der Staatsvertrag kann jedoch insoweit nicht umgesetzt werden, da die hessischen Verwaltungsgerichte die Erteilung von Konzessionen bis zu einer Entscheidung in der Hauptsache aufgeschoben haben (Hessischer VGH vom 16.10.2015). Diese haben insbesondere die Kontingentierung der Konzessionen und die Durchführung des Konzessionsverfahrens als nicht vereinbar mit der EU-Dienstleistungsfreiheit (Artikel 56 AEUV) angesehen.

Unabhängig davon, dass eine Begrenzung des Angebots durch eine Kontingentierung der Konzessionen nach der bisherigen verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung ebenso verfassungsgemäß wie das Konzessionsverfahren mit abschließender Entscheidung durch das Glücksspielkollegium als Gemeinschaftseinrichtung aller Länder (BayVerfGH, U. v. 25.09.2015; OVG Hamburg, U. v. 22.06.2017, BVerwG, U. v. 26.10.2017) ist, besteht Hand-

lungsbedarf, da die Experimentierphase zum 30. Juni 2019 endet. Nach dem Auslaufen der Experimentierphase droht, soweit nicht von der in § 35 Abs. 1 GlüStV vorgesehenen Verlängerungsoption Gebrauch gemacht wird, ein Rückfall in das europarechtswidrige staatliche Sportwettenmonopol.

Vor diesem Hintergrund haben die Länder über Änderungen am Glücksspielstaatsvertrag verhandelt. Der beigefügte Entwurf spiegelt den gegenwärtig erreichbaren Konsens wider. Der Änderungsstaatsvertrag soll am 1. Januar 2020 in Kraft treten.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass bundesweit geltende Regelungen, soweit ein Konsens unter den Ländern herbeigeführt werden kann, zielführender sind als Vorgaben, die – wie das schleswig-holsteinische Glücksspielgesetz – nur in einzelnen Ländern gelten. Durch eine punktuelle Änderung des Glücksspielstaatsvertrages soll die bundesweite Regulierung des Sportwettenmarktes ermöglicht und Klarheit für Anbieter und weitere Beteiligte wie Zahlungsdienstleister, Medien, Sportvereine und –verbände geschaffen werden. Auch soll für die Glücksspielaufsichtsbehörden der Weg eröffnet werden, den Sportwettenmarkt zu überwachen und flächendeckend gegen nicht erlaubte Angebote vorzugehen, um so bestehende Vollzugsprobleme zu beheben. Damit wird die fortschreitende Erosion des Ordnungsrechts beendet.

Da bisher eine Einigung aller Länder in sämtlichen Punkten, bspw. den Umgang mit Onlinecasino-Spielen, für einen Staatsvertrag mit Geltung über den 30. Juni 2021 hinaus bisher nicht erzielt werden konnte, bezieht sich der 3. GlüÄndStV lediglich auf Änderungen hinsichtlich des Verfahrens für Sportwettkonzessionen. Es ist vorgesehen, dass dieser als Zwischenänderungsstaatsvertrag lediglich bis zum Auslaufen des derzeit geltenden Glücksspielstaatsvertrages gelten soll. Über den Inhalt einer Neufassung des Glücksspielstaatsvertrages mit Wirkung über den 30. Juni 2021 hinaus wird unter den Ländern weiter verhandelt.

Folgende Wesentliche Änderungen werden aufgrund des 3. GlüÄndStV vorgenommen:

- Die Geltung der Experimentierklausel für Sportwetten wird bis zum 30. Juni 2021, dem Datum des Außerkrafttretens des derzeit geltenden Glücksspielstaatsvertrages, verlängert (§ 10a 3. GlüÄndStV). § 10 Abs. 6 des Glücksspielstaatsvertrags findet entsprechend auf das Veranstellen von Sportwetten bis zu diesem Zeitpunkt keine Anwendung. Hierdurch können Konzessionen für die Veranstaltung von Sportwetten weiterhin, auch über das Ende der ursprünglichen Experimentierphase hinaus, privaten Sportwettveranstaltern erteilt werden.
- Die Kontingentierung der Sportwettkonzessionen (bisher Höchstzahl von 20 Konzessionen) wird für die Dauer der Experimentierphase aufgehoben (§ 4a Abs. 3 3. GlüÄndStV).
- Da ein Auswahlverfahren aufgrund dessen nicht mehr erforderlich ist, werden die auf die Durchführung des Verfahrens abzielenden Regelungen entsprechend angepasst.

Durch den 3. GlüÄndStV wird faktisch erstmals eine vollständige Marktöffnung für Sportwetten in Deutschland erreicht. Hierzu bedarf es der vorherigen Verlängerung der Experimentierklausel über den 30.06.2019 hinaus, da der 3. GlüÄndStV erst zum 01.01.2020 in Kraft treten soll. Hintergrund sind die Ratifikationsprozesse in den Ländern, welche sich aufgrund anstehender Landtagswahlen in vier Ländern zeitlich strecken könnten.

Es ist geplant, den 3. GlüÄndStV zeitnah nach der Ministerpräsidentenkonferenz am 21. März 2019 im Umlaufverfahren zu unterzeichnen.

Das Notifizierungsverfahren soll nach erfolgter Unterzeichnung parallel zum Ratifizierungsverfahren der Länder durch das federführende Land erfolgen. Die Stillhaltefrist von 3 Monaten oder bei einer ausführlichen Stellungnahme von 4 Monaten würde dann planmäßig gegen Ende August 2019 ablaufen.

Die Landesregierung sucht weiterhin, wie im Koalitionsvertrag (S. 11) vorgesehen, mit anderen Ländern nach einer tragfähigen, europarechtskonformen Lösung für den gesamten Bereich der Sportwetten einschließlich des Online-Casinospiels sowie des Pokerspiels, die sich an den Regelungen des bis 2013 gültigen Glücksspielgesetzes Schleswig-Holstein orientiert. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit den anderen Ländern, insbesondere für die Zeit nach dem 30. Juni 2021, werden entsprechend fortgeführt. Auf der CdSK am 21.02.2019 haben sich die Länder dementsprechend darauf verständigt, ihre politischen Gespräche über eine gemeinschaftliche staatsvertragliche Anschlussregelung zu einem Glücksspielstaatsvertrag ab 1. Juli 2021 zeitnah fortzusetzen, mit dem Ziel einer Gesamtverständigung zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Wann diese Verhandlungen abgeschlossen sein werden, ist jedoch derzeit noch nicht absehbar.

Entsprechend wird der 3. GlüÄndStV als Zwischenänderungsstaatsvertrag geschlossen und gilt zeitlich begrenzt nur bis zum Auslaufen des derzeit gültigen Glücksspielstaatsvertrages.

Um den Interessen in Bezug auf Online-Casinospiele schon jetzt Rechnung zu tragen, wurde auf der CdSK vom 21.02.2019 zudem ein Beschluss gefasst, in dem die anderen Länder zur Kenntnis nehmen, dass Schleswig-Holstein zur weiteren Sicherstellung überwachter Angebote in seinem Hoheitsbereich, abweichend von dem in § 4 Abs. 4 Glücksspielstaatsvertrag festgelegten Verbot von Online-Casinoangeboten denjenigen Anbietern, denen auf der Grundlage des früheren schleswig-holsteinischen Landesrechts eine Erlaubnis für die Veranstaltung von Online-Casinoangeboten erteilt worden ist, nochmals eine bis zum 30. Juni 2021 befristete Erlaubnis erteilen wird und insofern das Verbot in § 4 Abs. 4 des Glücksspielstaatsvertrages, im Internet öffentliche Glücksspiele zu veranstalten oder zu vermitteln, räumlich und zeitlich eng begrenzt vorübergehend bis zum Ablauf des 30. Juni 2021 in Schleswig-Holstein nicht angewendet wird. Die inhaltlichen Anforderungen zur Gewährleistung des Spielerschutzes sowie des Jugend- und Verbraucherschutzes und der Nutzung des sogenannten Safe-Servers sollen dabei mindestens den Voraussetzungen entsprechen, die im Gesetz zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz) des Landes Schleswig-Holstein vom 20. Oktober 2011 festgelegt waren. Eine Anbindung an die Sperrdatei soll ebenfalls erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Joachim Grote

Anlage: Dritter Glücksspieländerungsstaatsvertrag

Entwurf**Dritter Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum
Glücksspielwesen in Deutschland
(Dritter Glücksspieländerungsstaatsvertrag – 3. GlüÄndStV)**

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen
(im Folgenden: die Länder genannt)

schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Artikel 1: Änderung des Glücksspielstaatsvertrages

Der Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland in der Fassung des Ersten Staatsvertrages zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland vom 15. Dezember 2011 (Glücksspielstaatsvertrag - GlüStV) wird wie folgt geändert:

1. § 4a wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „, insbesondere im Rahmen einer zeitlich befristeten Experimentierklausel für Sportwetten,“ durch die Wörter „im Rahmen der Experimentierklausel für Sportwetten nach § 10a“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „Bekanntmachung (§ 4b Absatz 1)“ durch das Wort „Konzession“ ersetzt.
- c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die Zahl der Konzessionen wird für die Dauer der Experimentierphase nicht beschränkt.“

2. § 4b wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift werden das Komma und das Wort „Auswahlkriterien“ gestrichen.
 - b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort „Auswahlverfahrens“ durch das Wort „Verfahrens“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden die Wörter „mit einer angemessenen Frist für die Einreichung von Bewerbungen“ gestrichen.
 - c) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „und die Auswahl nach Absatz 5 ermöglichen“ gestrichen.
 - d) Absatz 5 wird aufgehoben.
3. In § 5 Absatz 4 Satz 1 wird das Wort „Richtlinien“ durch das Wort „Auslegungsrichtlinien“ ersetzt.
4. § 9a Absatz 5 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Hierbei dient das Glücksspielkollegium den Ländern zur Umsetzung einer gemeinschaftlich auszuübenden Aufsicht der jeweiligen obersten Glücksspielaufsichtsbehörden.“
5. § 10a wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In dem bisherigen Satz werden die Wörter „für einen Zeitraum von sieben Jahren ab Inkrafttreten des Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrages“ durch die Wörter „bis zum 30. Juni 2021“ ersetzt.
 - bb) Es wird folgender Satz angefügt:

„Im Falle einer Fortgeltung des Staatsvertrages nach § 35 Absatz 2 verlängert sich die Frist bis zum 30. Juni 2024.“
 - b) Absatz 3 wird aufgehoben.
 - c) Die Absätze 4 und 5 werden die Absätze 3 und 4.
6. § 29 Absatz 1 Satz 3 wird aufgehoben.

Artikel 2: Inkrafttreten

(1) Dieser Staatsvertrag tritt am 1. Januar 2020 in Kraft. Sind bis zum 31. Dezember 2019 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staatskanzlei der oder des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.

(2) Die Staatskanzlei der oder des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz teilt den Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit.

Erläuterungen:

A. Allgemeines

I. Ausgangslage

Der Glücksspielstaatsvertrag sieht seit 1. Juli 2012 die Zulassung privater Anbieter von Sportwetten vor; das staatliche Wettmonopol ist während einer Experimentierphase von sieben Jahren suspendiert. Eine Begrenzung des Angebots durch eine Kontingentierung der Konzessionen ist nach der bisherigen verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung ebenso verfassungsgemäß wie das Konzessionsverfahren mit abschließender Entscheidung durch das Glücksspielkollegium als Gemeinschaftseinrichtung aller Länder (BayVerfGH, E. v. 25.09.2015; OVG Hamburg, U. v. 22.06.2017, BVerwG, U. v. 26.10.2017). Der Staatsvertrag kann jedoch weiterhin nicht umgesetzt werden, weil die hessischen Verwaltungsgerichte die Erteilung der Konzessionen bis zu einer zeitlich nicht abschätzbaren Entscheidung in der Hauptsache aufgeschoben haben (HessVGH, B. v. 16.10.2015).

II. Lösung

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat mit Beschluss vom 2019 gemäß § 35 Absatz 1 Glücksspielstaatsvertrag die Befristung der Experimentierklausel in § 10a Glücksspielstaatsvertrag aufgehoben. Die Erteilung von Konzessionen an Veranstalter von Sportwetten ist insoweit rechtlich nunmehr möglich für die gesamte Geltungsdauer des Glücksspielstaatsvertrages bis zum 30. Juni 2021. Durch eine hieran anknüpfende ergänzende punktuelle Änderung des Staatsvertrages wird das Modell der Experimentierphase weiterentwickelt und Klarheit für die Anbieter und beteiligte Dritte (Zahlungsdienstleister, Medien, Sportvereine und -verbände) geschaffen; zugleich wird den Glücksspielaufsichtsbehörden der Weg zur flächendeckenden Untersagung nicht erlaubter Angebote eröffnet. Damit wird die fortschreitende Erosion des Ordnungsrechts beendet. Die dazu notwendigen Änderungen des Staatsvertrages erschöpfen sich in folgenden Punkten:

- Es wird klargestellt, dass die Experimentierphase für die Geltungsdauer des Glücksspielstaatsvertrages bis zum 30. Juni 2021 anwendbar ist.
- Die Kontingentierung der Sportwettkonzessionen wird für die Dauer der Experimentierphase aufgehoben.
- Da ein Auswahlverfahren (§ 4b Absatz 5) nicht mehr erforderlich ist, sind die auf die Durchführung dieses Verfahrens abzielenden Regelungen anzupassen.

Bei der Behördenorganisation bleibt es für das Konzessionsverfahren bei der länder-einheitlichen Entscheidung. Das ländereinheitliche Verfahren vermeidet ein Nebenei-

inander von 16 Erlaubnissen für jedes einzelne Land, das weder sachgerecht noch den Anbietern oder der Öffentlichkeit zu vermitteln wäre. Es erfordert jeweils die Übertragung von Aufgaben und die Mitwirkung aller Länder an der Entscheidung.

Das Bundesstaatsprinzip steht dem nicht entgegen. Die bundesstaatliche Garantie der Eigenstaatlichkeit der Länder und eines Kerns eigener Aufgaben richtet sich in erster Linie gegen den Bund. Ob sie der staatsvertraglichen Selbstbindung der Länder überhaupt eine Grenze zieht, hat das Bundesverfassungsgericht offen gelassen. Jedenfalls wird sie durch die Übertragung eines Ausschnittes – wie hier der Glücksspielaufsichtlichen – Aufgaben nicht berührt (s. BVerfGE 87, 181, 196 f.).

Wenn die Konzession für alle Länder gilt, müssen diese sämtlich an der Willensbildung beteiligt werden. Anders lässt sich die erforderliche demokratische Legitimation für alle Länder nicht begründen (BayVerfGH, E. v. 25.09.2015). Diese Konsequenz des Demokratieprinzips wird auch in anderen in Staatspraxis und Rechtsprechung anerkannten Einrichtungen der Länder, wie der ZVS bzw. der Stiftung für Hochschulzulassung oder dem Deutschen Institut für Bautechnik, nach den gleichen Grundsätzen praktiziert.

Dass durch Staatsvertrag errichtete gemeinschaftliche Einrichtungen der Länder, in denen mit Mehrheit entschieden wird, weder gegen das Bundesstaats- noch gegen das Demokratieprinzip verstoßen, hat das Bundesverwaltungsgericht bereits vor langem entschieden (s. BVerwGE 22, 299, 309 f.) und geklärt, dass dies erst recht gilt, wenn die Länder – ohne eine gemeinschaftliche Einrichtung zu errichten - nur die Behörde eines Landes mit der Aufgabenwahrnehmung betrauen, sich dabei aber ein Mitwirkungsrecht ausbedingen (s. BVerwGE 23, 194, 197; s. a. BVerfGE 90, 60, 104: Eine staatsvertraglich begründete Mehrheitsentscheidung kann mit dem Ziel einer Minderung des Vetopotentials, das in der Einstimmigkeit liegt, begründet werden; Vedder, Intraföderale Staatsverträge, 1996, S. 116, 145 m. w. Nachw.).

B. Zu den Bestimmungen im Einzelnen

Zu Artikel 1

Zu Nummer 1 (§ 4a)

Durch die Änderung des § 4a Absatz 1 wird klargestellt, dass § 10 Absatz 6 derzeit ausschließlich in den Fällen der Experimentierklausel nach § 10a nicht anwendbar ist. Der bisherigen offeneren Formulierung bedarf es daher nicht.

Durch die Änderung des § 4a Absatz 2 wird geregelt, dass die Dauer der Konzession zu beschränken ist. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass es sich weiterhin um eine zeitlich befristete Experimentierphase handelt. Die Dauer der Konzession ist nicht vorgeschrieben. Die Konzession kann daher durch die zuständige Behörde in Ausübung ihres pflichtgemäßen Ermessens auch für einen kürzeren Zeitraum als bis zum Auslaufen

der Experimentierklausel erteilt werden. Die Notwendigkeit, die Dauer der Konzession bereits in der Bekanntmachung nach § 4b Absatz 1 verbindlich festzulegen, ist durch den Wegfall der Kontingentierung der Sportwettkonzessionen entfallen (vgl. dazu auch die Erläuterungen zu § 4b Absatz 1).

§ 4a Absatz 3 wird dahingehend geändert, dass für die Dauer der Experimentierphase keine Beschränkung der Zahl der Konzessionen mehr erfolgt. Insofern entfällt auch die Notwendigkeit eines Auswahlverfahrens. Das trägt den verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen Rechnung, die auf Anträge von Konkurrenten vorbeugend bereits die Erteilung von Konzessionen unterbunden und damit eine rechtliche Ordnung des Sportwettenmarktes in absehbarer Zeit unmöglich gemacht haben. Die befristete Abweichung vom Grundsatz der Begrenzung der Zahl der Konzessionen ist daher als Ausnahme zu verstehen, die dem Verlauf der Gerichtsverfahren geschuldet ist. Die insbesondere in § 4a Absatz 4, § 4b Absatz 1 bis 4 und § 4c normierten Voraussetzungen für die Erteilung der Konzession bleiben ebenso anwendbar wie die Konzessionspflichten und aufsichtlichen Befugnisse (s. v.a. § 4e).

Zu Nummer 2 (§ 4b)

In § 4b werden die erforderlichen Folgeänderungen vorgenommen, die dem Umstand Rechnung tragen, dass die Anzahl der Konzessionen nicht mehr beschränkt ist, so dass keine Auswahl unter den Bewerbern erfolgen muss.

In der Folge entfällt auch die Erforderlichkeit, eine bestimmte Frist für die Einreichung von Bewerbungen festzulegen. Dieser bedurfte es bislang, weil zu einem bestimmten Termin die Auswahlentscheidung zwischen mehreren geeigneten Bewerbern nach § 4b Absatz 5 der bisherigen Fassung zu treffen war. Ein solches Verfahren erfordert die Festlegung einer Bewerbungsfrist. Sind die Konzessionen nicht kontingentiert, kann die Bewerbung um die Konzession und die Prüfung der Bewerbung hingegen jederzeit – d.h. auch zu einem späteren Zeitpunkt – erfolgen.

An einer (einmaligen) Bekanntmachung der Möglichkeit, sich um eine Konzession zu bewerben, im Amtsblatt der Europäischen Union unter Angabe der einzureichenden Unterlagen (§ 4b Absatz 1 Satz 2) wird festgehalten, um die Marktteilnehmer über die geänderten Bedingungen der Konzessionserteilung zu informieren.

Da es der Durchführung eines Auswahlverfahrens nicht mehr bedarf, entfällt der bisherige § 4b Absatz 5, der die Kriterien für die Durchführung des Verfahrens vorsah.

Die bislang verwendeten Begriffe wie „Konzession“, „Bewerbung“ und „Bewerber“ werden aus rein redaktionellen Gründen nicht angepasst, um die textlichen Eingriffe am bestehenden Staatsvertrag gering zu halten. In der Sache handelt es sich in der Neufassung um Antragsteller in einem Erlaubnisverfahren.

Zu Nummer 3 (§ 5 Absatz 4 Satz 1)

In § 5 Absatz 4 Satz 1 wird klargestellt, dass die Werberichtlinie als gesetzesauslegende Vorschrift der gerichtlichen Überprüfung unterliegt.

Zu Nummer 4 (§ 9a Absatz 5 Satz 2)

§ 9a Absatz 5 Satz 2 stellt in der neuen Fassung heraus, dass dem Glücksspielkollegium als Organ der Exekutive keine Rechtsetzungsbefugnisse verliehen werden sollen.

Zu Nummer 5 (§ 10a)

In § 10a Absatz 1 wird die bisher nur in hier nicht erheblichen Teilbereichen tatsächlich laufende Experimentierphase bis 30. Juni 2021 erstreckt. Diese Regelung berücksichtigt den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz, die Befristung der Experimentierklausel nach dem bisherigen § 35 Absatz 1 aufzuheben. Aufgrund des vorgenannten Beschlusses ist die (bisherige) Experimentierklausel auch über den 30. Juni 2019 hinaus anwendbar mit der Modifikation, dass die Zahl möglicher Konzessionen nunmehr nicht mehr begrenzt ist.

Die bislang in § 10a Absatz 3 festgelegte Höchstzahl der Konzessionen wird als Konsequenz der Änderung des § 4a Absatz 3 ersatzlos gestrichen.

Zu Nummer 6 (§ 29 Absatz 1 Satz 3)

Die Übergangsregelung in § 29 Absatz 1 Satz 3 ist obsolet geworden und kann daher aufgehoben werden.

Zu Artikel 2

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten zum 1. Januar 2020. Sollten bis dahin nicht alle Ratifikationsurkunden hinterlegt sein, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.